

XIV.

Aus der österr. deutschen Zeitung.

Wien. Städtisches.

Ausschuß der Bürger, Nationalgarde und Studenten für Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Wahrung der Volksrechte.

Schluß der Vormittags-Sitzung vom 17. Juni.

Die Nachmittags fortgesetzte Sitzung wurde durch die von den Arbeitsplätzen einlaufenden Berichte, welche bald günstiger bald schlimmer waren, gestört. Bei einer Nachricht von dem Zwange, welchen sich ein Theil der Arbeiter gegen den andern, der das Geld nehmen will, erlaubt, schlug der Präsident vor, bekannt zu geben, daß diejenigen, welche bis Montag das Geld nicht nehmen, wenn sie Fremde seien weggewiesen, und wenn sie Einheimische seien nicht mehr beschäftigt werden sollen. Freund aber warnte vor einer Drohung, deren Ausführung unmöglich sei. Hingegen wurde beschlossen sogleich an den Gemeindevorstand zu senden, damit derselbe wegen der Brot- und Geldvertheilung für die Regentage die nöthige Einleitung treffe. Einige wollen die Vertheilung schon für den bereits statt gehaltenen Regentag dieser Woche gelten lassen, was aber, weil es von den Arbeitern gerade heute als Eingehen in ihre Forderungen betrachtet werden könnte, zurückgewiesen wird.

Eine eigenthümliche Scene veranlaßte das Erscheinen des Oberkommandanten der Nationalgarde, Pannasch, der sehr heftig austrat und sagte, man solle ihm ferner keine Befehle geben, wenn er nicht wisse, um was es sich handle. Er kamme vom Minister des Innern, dem er gesagt, es müsse die Gränze zwischen seinen Befugnissen und denen des Ausschusses scharf gezogen werden. Wenn wir unsere Wünsche Seiner Majestät vortragen, diese auch er die der Arbeiter vortragen, es sei dieß der konstitutionelle Weg. Er endete mit den Worten: Der Herr Minister werde sprechen: Adieu Meine Herren! Mit diesen Worten wollte er die Tribüne verlassen, aber mehrere Herren vertraten ihm den Weg, und der Präsident rief ihm zu, daß diese Versammlung ein Recht habe, gehört zu werden. Der Oberkommandant sei bloß die exekutive; zu befehlen, zu berathen habe der Ausschuß, denn er sei für die Ruhe und Sicherheit verantwortlich. Ihm sei befohlen worden den Befehlen des Ausschusses Geltung zu verschaffen, nicht mit den Arbeitern zu parlamentiren. Dr. Schiel erklärte, er habe den Herrn Oberkommandanten zum Minister des Innern fordern lassen, denn er habe nicht nach Fug gehandelt, er habe nicht zu den Arbeitern zu gehen, sie nicht anzusprechen. Diese Zwischenrede war so heftig geworden, daß mehrere bereits für die Stellung des Obersten Pannasch zu fürchten begannen, aber der Präsident hieb die Sache dadurch entzwei, daß er auf den ehrenhaften Charakter des Oberkommandanten hinwies, auf

die Achtung, die jeder vor seinen edlen Intentionen haben müsse, er sei bloß heftig, habe auch eine tüchtige Dosis Reden verschlucken müssen, so seien Beide ausgeglichen. Lebehochs wurden dem Oberkommandanten und Präsidenten gebracht, die sich zur Versöhnung die Hände reichten. Dr. Schiel erzählte ferner daß er beim Gemeindevorstande gewesen ihn nicht beisammen gefunden und auch erfahren habe, daß heute keine Sitzung sei, worauf er sich zum Minister des Innern verfügt, der dem Gemeindevorstande aufgetragen habe, eine Sitzung zu halten und eine Deputation an den Ausschuß zu senden um mit demselben aber die fragliche Unterstützung der Arbeiterkinder zu berathen. Nachdem noch mehrere Meldungen über die Haltung der Arbeiter eingelaufen, die meist befriedigend lauten, wird die Sitzung aufgehoben.

Vormittags-Sitzung vom 18. Juni.

Eine Bitte um Verlängerung der Legitimationszeit der Urwähler, wenigstens bis Ende des heutigen Tages, wird eingebracht. Die Nationalgarde hatte die letzten Tage nicht Zeit dazu. Man solle sich deshalb beim Ministerium verwenden. Sellar glaubt, man müsse auch die Wahl der Wahlmänner hinauschieben. Wird angenommen. Sellar erklärt: in Böhmen sei noch keine Spur einer Wahl. Der Präsident findet dieß bei den dort herrschenden Umständen begreiflich. Eine Deputation von Prag wird angekündigt. Es wird berichtet: die Arbeiter am Brunn haben 4 1/2 Tage gezahlt genommen. An der Gumpendorfer Linie aber wollen die Arbeiter, besonders die ledigen, nicht eingehen. Sie werden durch verschiedene Berichte konfus gemacht.

Es wird vorgeschlagen, Knaben und Mädchen von den Arbeitsplätzen zu entfernen. Der Präsident bemerkt, dieses sei beim Arbeiterkomitee im Anschlage. Ein Mitglied schlägt vor die Aufwiegler zu entfernen. Am Wienerberge soll ein Ingenieur auf eigene Faust 5 Tage haben auszahlen lassen. Es wird beschlossen, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Auch beim hlauen Herrgott behaupten die Arbeiter, der Ingenieur Werner habe ihnen dieses versprochen. Dr. Schmid theilt ein Schreiben des Bäckermeisters Wimmer mit, daß er Inhabt, daß eines Arbeiters Weib 15 Brotkarten brachte und 2 Laib Brot und das Uebrige in Geld haben wollte, sie hatte die Karten gekauft. Einige wollen Semmel und Weißbrot, doch in geringerer Quantität, als die Karten vorschreiben. Das Bäckergerwebe liege darnieder, wozu besonders die Einfuhr fremden Brotes beitrage, dieses Brot sei kleiner, die Bäcker aber müssen

backen und es leidet eine Minorität auf Kosten der Gesamtheit. Auch von der steigenden Immoralität der Arbeiter gibt er Bericht.

Der Minister zeigt die Kapitulation Prag und die Einnahme Treviſo's an. Was die Verlängerung der Einschreibzeit für die Wähler betrifft, hat er dieſes ganz dem Gemeindeausſchuſſe überlaſſen, mit dem ſich der Ausſchuſſ in Verbindung ſetzen möge. Die ihm vorgeschlagene Bitte und ein allgemeines Skrutinum für Wien, hält der Miniſter für unpraktiſch. Dr. Schiel bemerkt, der Gemeindeausſchuſſ habe ein Wahlkomité errichtet, dieſes ſei ungeſchicklich, denn er ſei nicht wie der Sicherheitsausſchuſſ eine bloß tranſiſtorische, ſondern eine wirkliche Behörde. Es wird beſchloſſen, deſhalb zu reklamiren. Dr. Bach will das Miniſterium noch um ein allgemeines Skrutinum für Wien angegangen wiſſen, weil ſich ſonſt die Stimmen zerſplütern. Schiel iſt dagegen, weil dieſes nur durch Geltung der relativen Majorität ermöglicht wird, und ſodann mancher Wahlmann ohne alle Majorität gewählt werden würde. Dr. Bach erwidert, daß ein jeder Wahlmann dann noch immer ſo viel Stimmen, als die Majorität eines Diſtriktes beträgt, erhalten würde. Dr. Schiel glaubt, es handle ſich hier um ein Prinzip, ob nämlich überhaupt mit Majorität gewählt werden müſſe, denn Wien ſei ſodann bloß ein einziger Wahlbezirk. Sehr richtig wird bemerkt, daß bei der Wahl der Präſjuri 90 Wähler und 200 Kandidaten zu Geſchwerenen geweſen, demnach müßten ſich die Stimmen nothwendig zerſplütern. Umlauf iſt gegen ein allgemeines Skrutinum, weil ſodann die Wahl nur ſolche Männer treffen würde, die allgemein bekannt wären; bei der Beſprechung im engern Kreiſe des Diſtriktes aber viele geſinnungstüchtige Männer, die biſher verborgen geblieben, ans Tageslicht kämen. Eckart iſt für die Wahl in Bezirken, jedoch ſoll die von den Wahlmännern vorgenommene Deputirtenwahl öffentlich ſein. Goldſchmid will, daß bloß das Abſagen des Deputirten und die Vornahme ſeines Glaubensbekenntniſſes, keineswegs aber die Abſtimmung öffentlich ſei. Eckart erklärt, es nicht anders verſtanden zu haben. Dr. Schiel bringt noch gegen das allgemeine Skrutinum den Einwurf vor, daß ſodann die ganze Stadt Wien 15 Deputirte, nicht jeder Wahlbezirk einen Deputirten ſchicken würde.

Seegen will die für Wien erlangte Konzeſſion, die Wahlmänner aus dem Bezirke zu wählen, auf das ganze Land ausgedehnt wiſſen; man ſolle nicht einwenden, der Reichstag müſſe ſchon am 26. zuſammenkommen, die neuerlichen Ereigniſſe in Böhmen machen dieſes unmöglich, man möge den Reichstag lieber hinauſchieben, als ſchlechte Wahlen vornehmen laſſen. Wieder kommt der Antrag auf direkte Wahlen zur Sprache, man will hierüber eine Kommiſſion.

Dr. Schiel iſt dagegen, da bereits dieſe Frage durch Monate beſprochen werde und da alle Intelligenzen und Journale keinen Weg auſſindig gemacht, ſie praktiſch durchzuführen, ſo werde auch eine Kommiſſion des Ausſchuſſes, dieſes nicht in einigen Tagen löſen. Freund behauptet, wenn man dieſe Frage nicht in einigen Tagen löſen könne, werde man ſie auch in Jahren nicht löſen. Die Verhältniſſe der Monarchie dürften ſich in 100 Jahren nicht ändern. Eine Deputation des demokratiſchen Vereines, Dr. Becker an der Spitze, erbittet ſich dem Ausſchuſſe einen Entwurf, nach dem die direkten Wahlen ermöglicht werden, vorzulegen. Schneider iſt gegen direkte Wahlen, weil das Landvolk nicht dazu geeignet ſei. Die Landleute kämen in den Ausſchuſſ

fragen, was denn eigentlich Wahlen ſeien, man würde, um das Prinzip zu retten, die Sache zu Grunde richten, und eine Majorität von konſervativen Wählern erhalten. Zellkampff bemerkt, das Einſammeln von Stimmzetteln werde zu Unſugungen Veranlaſſung geben. Der Präſident bemerkt, daß von allen Seiten Klagen wegen Wahlumtrieben einlaufen. Dr. Schiel ſagt dem hinzu, daß ſie meiſtens von einer Minorität herrühren, die als deren Urheber Geiſtliche und Beamten angäbe, es müſſe daher deren Einfluß auf das Landvolk noch immer bedeutend ſein, und bei direkten Wahlen hätten ſie den freiſten Spielraum. Die Debatte wird durch die Anzeige eines Arbeiters unterbrochen, der um die Mittel ſein geſtorbenes Kind beerdigen zu können bittet. Goldſchmid bemerkt, es möge ſchon einmal die Zeit gekommen ſein, wo Arme umſonſt beerdigt werden. Der Präſident erwidert, daß dieſes Sache eines eigenen Geſetzes ſein müſſe. Der Ausſchuſſ beſchließt die Beerdigungskosten von ſeinen Mitgliedern einzufammeln.

Dr. Patruban aus Prag ſtellt ſich der Verſammlung vor und gibt Aufſchlüſſe über die Prager Ereigniſſe; außer dem bereits Bekannten iſt in ſeinem Berichte bemerkenswerth, daß er, als Tribun der mediſiniſchen Kohorte trotzdem daß er nicht mehr als etwa 40 Leute hatte, um nicht die Aulſchimpflich zuverlaſſen die Vertheidigung des Karoliner übernommen, obwohl er eingesehen, daß es ein unhaltbarer Poſten ſei. Eine Polizeiwache im Hauſe aber öffnete den Soldaten eine Seitenpforte durch welche ſie eindrangten. Als die Studenten nun den Hof vom Militär erfüllt ſahen, ging er nebst zweien anderen mit weißen Tüchern an der Degenspiße den Soldaten entgegen, um mit ihnen zu parlamentiren. Die Antwort beſtand in Flintenſchüſſen, die zwei an ſeiner Seite tödteten und ihn verwundeten.

(Fortſetzung folgt.)

Gemeinde-Ausſchuſſ-Sitzung den 18. Juni Vormittags.

Unter den heute ſtatt gehaltenen Verhandlungen war jene vorzüglich von Belang, die auf das Anſuchen einer Privatdeputation erfolgte, man möge die Wahlen und die Einſchreibung zu denſelben noch auf zwei Tage hinaus verlängern. Dr. L. Neumann glaubt, in Anbetracht des Umſtandes, daß bereits die Einſchreibung für die Wahlen auf zwei Tage verlängert ſei, und ein abermaliges Aufſchieben nur Verwirrung in den vorzunehmenden Wahlen veranlaſſen könnte, ſomit auch den erſehnten Reichstag auf unbeſtimmte Zeit wieder hinauſchieben würde, möge ſich der Gemeindeausſchuſſ, als Repräſentant der Gemeinde Wiens dahin auſſprechen, daß er es im Wohle der Stadt, wie des Staates angemessen halte, die Einſchreibung nicht weiter hinaus zu verſchieben; ſollte jedoch ein hohes Miniſterium und der verantwortliche Sicherheits-Ausſchuſſ beſchließen, die Einſchreibungszeit auf weiter hinaus zu verlängern, ſo müſſe ſich auch der Gemeinde-Ausſchuſſ dem Beſchlusse anſchließen. Als noch über die Formulirung dieſes Beſchlusses debattirt wurde, erſcheint eine Deputation des Sicherheits-Ausſchuſſes bei welcher ſich die Herren Dr. Schiel, Dr. Wurga und Goldſchmid befanden. Dr. Schiel ergreift das Wort, und beklagt ſich im Namen des Sicherheits-Ausſchuſſes, daß erſtlich der Gemeinde-Ausſchuſſ, trotzdem daß die von ihm abgeordneten Mitglieder am 10. Juni für den Veinit zu dem aufgeſtellten Wahlprogramm und den Anſchluß an das Zentral-Wahlkomité geſtimmt, namentlich Herr Dr. Neumann und Herr Dr. Klucki, ſie zum allgemeinen Erſtaunen wie es auch heute in der Wiener Zeitung zu leſen iſt, nicht nur allein das Programm

nicht angenommen, sondern sich auch ermächtigt hatten, sich in die Wahlen einzumengen, namentlich hatte dies Dr. Neumann und Heinrich Adami im Namen des Gemeindeausschusses gethan. Er glaubt, der Sicherheitsausschuß hätte so viel Anerkennung verdient, daß ihn der löbl. Gemeinde-Ausschuß auch in diesem Falle unterstützen sollte, und bei der Vornahme der Wahlen nicht moralisch entgegen wirke. Nachdem jedoch Herr Dr. Neumann versichert, er hätte sich keineswegs eingemengt, und es wäre ihm auch nie in den Sinn gekommen, dem Programme des Sicherheits-Ausschusses hindernd entgegen zu treten und noch manche Controversen hierüber gewechselt waren, fordert Dr. Schiel in beredten Worten, der Gemeinde-Ausschuß möge eine so wichtige Angelegenheit nochmals beraten, und im verständlichen Geiste, doch mit Rücksicht auf die Stadt und das Vaterland, sich dem Sicherheitsausschusse enge anschließen, fordert zugleich, Herr Heinrich Adami möge, im Falle er von dem Gemeinde-Ausschusse nicht berechtigt gewesen, sich bei den Wahlen einzumengen, auch öffentlich zurechtgewiesen werden. Die Worte des Dr. Schiel wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen, und es traten die Herren des Ausschusses auf ihn zu und drückten ihm wechselseitig die Hand. Auf Antrag des Herrn Dr. Alex. Bach wird ersucht, dem Ausschusse einige Zeit zur Diskussion dieser so wichtigen Angelegenheit zu gönnen.

Nachdem die Deputation des Sicherheitsausschusses sich entfernt hatte, erhob sich der Präsident Dr. Hornbohl von seinem Sitze und sprach den Ausschuß in folgendem Sinne an: Meine Herren, Sie haben mich als Ihren Präsidenten mit der Ehre betraut, als Deputirter an Sr. Majestät nach Innsbruck zu gehen; ich muß hiermit feierlich bekennen, und so sehr es mir in meinem Innersten wehe thut, offen erklären, daß ich gegen alle Vorgänge während meiner Abwesenheit in Bezug der Beschlußfassung über das Wahlkomité und das Programm des Sicherheitsausschusses eben in demselben Sinne, wie es bereits die Minorität gethan, feierlichst protestire. Meine Herren, wenn wir als Wiener, als Oesterreicher und Deutsche hier nicht unbedingt uns für innigen Anschluß an Deutschland erklären, so sprechen wir hier als Oesterreicher eben so das Wort zum Bürgerkriege aus, wie es bereits in Prag die Böhmen gethan haben. Ich hege die Hoffnung: Ein löblicher Ausschuß wird trotz dem bereits gefaßten Beschlusse die Debatte über diese Frage neuerdings aufnehmen; ich spreche es offen aus, daß, wenn meine Gesinnung nicht die des geehrten Ausschusses wäre, ich mich nicht berufen fühlen könnte, das Präsidium des löblichen Ausschusses fortan zu führen.“ Er tritt vom Präsidentenstuhle ab und übergibt das Präsidium Hrn. Dr. Seikler.

Eine lebhaft und interessante Debatte entspann sich hiernach, der Raum dieser Blätter gestattet es jedoch nicht, dieselbe ausführlich hier vorzubringen. Dr. L. Neumann vertheidigt wieder seine Ansicht und seine Politik; wieder wünscht er kein Programm mit dem Ausdrucke, mit dem innigen Anschlusse an Deutschlands. Auch ich bin ein Deutscher und lasse mir mein Deutschtum von Niemanden nehmen, aber eben darum und weil ich ein einiges Oesterreich wünsche und in keinem Falle eine Unterdrückung der Deutschen befürchte, gebietet es die Politik, jeder Veranlassung zur Hebung der Leidenschaften der Nationalitäten auszuweichen, ich hasse die Swornostmänner der Czaren, ich hasse aber auch die Swornostmänner der Deutschen. In einem langen Vertrage entwickelte er die Stellung Oesterreichs zu Rußland und Deutschland. Prof. Schulz nimmt die Sache von einem andern Gesichtspunkte.

Er schäme sich glücklich dem großen geistigen Volk Deutschlands anzugehören, wenn er auch den Eltern nach aus Böhmen abstammt, er kenne aber auch die Umtriebe der Slaven und müsse ohne Hehl gestehen, daß es den Slaven nicht allein zu thun ist um Wahrung ihrer Sprache und ihrer Nationalität, sondern daß alle Völker slavischer Abkunft, wenn auch verschiedener Idioms, dahin streben, ihre Sprache zu ändern, um nur ein Slavenvolk zu begründen. Wer Gelegenheit, so wie er, gehabt, die Süd- und Nordslaven Jahre lang zu beobachten, wird bald darüber im Reinen sein, daß die Furcht vor dem Panславismus eine gegründete sei. Nun ergreift Dr. Alexander Bach das Wort, beweist in einer scharfen und schlagenden Rede, daß jene Politik heute die Beste, welche offen vorgeht; wehe dem Deutschen, der wegen einer diplomatischen Spitzfindigkeit nicht den Muth hat, das deutsche Banner, die deutsche Farbe ungeschont voran zu tragen. In unsern Landen, auf deren Cäsarenthron einst der deutsche Kaiser saß, ein Bedenken gegen ein Programm zu äußern, weil man sich scheut, den innigen Anschluß an Deutschland frei zu erklären, heute, wo unsere Deputirten für Oesterreich in Frankfurt tagen, heißt, offen gesprochen, Oesterreich in die Hände der Slaven spielen.

Uebrigens ehre er die politische Meinung eines Jeden und somit auch die des Dr. Neumann, weil sie, wenn auch subjektiv, doch ehrlich gemeint sei. Nach vielfachen Debatten und nachdem sich auch Dr. Glück, Joseph Schmid, Kobaszer dafür ausgesprochen, wird abgestimmt und beschlossen von dem Herrn Beschlusse abzugehen, also kein eigenes Wahlkomité zu bilden und den Widerruf durch die Wiener Zeitung zu veröffentlichen. Ueber die zweite Frage, ob man sich dem Programme des Sicherheitsausschusses anschließen solle, stellt Dr. Neumann den Antrag, bei dem früheren Beschlusse, das ist Verwerfung des Programmes, zu bleiben und zur Tagesordnung überzugehen. Nachdem eine längere Diskussion hierüber gepflogen ward, und aber kein Resultat sich ergab, ergriff Herr Hornbohl das Wort und sprach: Meine Herren! Noch vor wenig Minuten haben wir dem Sicherheitsausschusse die Hand gereicht, nun sollen wir uns zweideutig zeigen, indem wir Bedenken tragen, einen gefaßten Beschluß abzuändern, nachdem wir über vorgefallene Mißverständnisse den nöthigen Aufschluß bekommen? Noch spricht Farrer Götz dafür, und als endlich auch der vormalige Präsident, Dr. Dierl, tief bewegt den Ausschuß um Aenderung seines früheren Beschlusses und Anschluß an das Programm des Sicherheitsausschusses bittet, erklären sich sämtliche Anwesende dafür; für den Antrag des Herrn Dr. Neumann jedoch bei der Gegenprobe Niemand. Eine Deputation zur Berathung mit dem Sicherheitsausschusse wird abgesendet.

Die Deputation, welche der Sicherheitsausschuß nach Prag schickte, ist heute zurückgekehrt. Seit Jahrhunderten vielleicht hat noch keine Wiener Deputation einen ähnlichen Empfang gehabt. Sie wird einen ausführlichen Bericht darüber veröffentlichen, einstweilen Folgendes, welches wir vom Hören ungefähr entnehmen konnten. In Blechowitz forderte man ihre Degen ab. Sie zeigten dort ihre Vollmacht, vom Ausschusse und Pillerdorf unterschrieben, und erhielten eine Militärbegleitung. Beim Ziska-Berge wurden sie von einer Husaren-Batrouille angehalten. „Haben wir Euch einmal, Ihr Wiener Hunde!“ das waren die Worte, welche ihnen entgegengerufen wurden. Unter dieser Eskorte wurden sie dann

durch ein militärisches Lager über die Hezinsel ins Schloß geführt. Sie wurden, wo sie vorübergingen, mit dem Rufe empfangen: „Haut sie nieder, schlägt sie todt, die Wiener Hunde!“ Sie wurden gehöhnt, geschimpft und gräßlich beleidigt. Im Schlosse empfing sie General Wallmoden, der ihre Vollmacht besah und antwortete: Fischhof, der Name ist gut. Willersdorf, der hat hier nichts zu befehlen, die Stadt ist im Belagerungszustande. Sodann wurden sie dem Fürsten Windischgrätz vorgestellt. Beiden Generalen suchten sie begreiflich zu machen, daß sie keineswegs als eine Art Parlamentär mit Vorschlägen nach Prag, sondern nur um die Lage der Sache, den Charakter der Bewegung kennen zu lernen, und die in Wien deshalb herrschende Aufregung zu stillen, hergekommen seien. Fürst Windischgrätz soll zu ihnen beiläufig gesagt haben: „In andern Orten hat die Revolution geseigt, hier siegte ich. Solange ich in Wien war, herrschte Ordnung; seit ich weg bin gings im Sturmschritt.“ Er erklärte ihnen sodann, er müsse sie um ihrer eigenen Sicherheit willen hier zurückbehalten, er habe nur zwei Bomben in die Stadt geworfen, um seine Kraft zu zeigen. Er traue Niemanden mehr, denn man habe ihn so oft betrogen, und seine Soldaten während des Parlamentirens angegriffen. Die Deputation wurde hierauf in ein Zimmer abgeführt, und drei Mann Wache vor ihre Thüre gestellt. In den Gängen wurde ihnen von einem Husarenlieutenant mit gezücktem Säbel gedroht. Später wurden sie zum Grafen Mensdorf geführt, der sie sehr leutselig empfing und ihnen sagte, er habe zwar das Kommando übernehmen wollen, dieses aber unmöglich gefunden. Den Soldaten durfte man es nicht einmal sagen.

Sie wurden von mehreren Offizieren besucht, und rühmten besonders das Benehmen des Offiziers Borrosch. Sie erzählten ihnen, daß die Bewegung von der ultrazechischen Partei ausgegangen, daß Separation beabsichtigt und ein fürchterliches Komplott nur zu frühe durch den General niedergeschlagen worden sei. Buquoi und Deim seien verhaftet, man habe russisches Geld und Papiere, die sie schwer graviren sollen, bei ihnen gefunden. Als sie endlich Sonntag ihrer Haft entlassen wurden, ließ sie der Fürst Windischgrätz nochmals vor sich kommen und sagte ihnen: Sagen Sie zu Hause der Wahrheit gemäß, was Sie hier gesehen. Die Armee darf stolz

sein auf das, was sie vollbracht, sie hat das Vaterland gerettet. Es war ein großes Komplott im Gange, es hätte in einigen Tagen losbrechen sollen. Ich habe alle Fäden in Händen. Ich werde die von Sr. Majestät gegebene Konstitution aus allen Kräften schützen. Die Deputirten benützten den Sonntag, um bei allen Bürgern und am Rathhause Erkundigungen einzuziehen. Sie verschafften sich die Ueberzeugung, daß die Bewegung von den Swornost ausgegangen sei, die Deutschen wurden später ins Schlepptau genommen. Die Bürger und Garden wagten nicht, Partei zu nehmen, denn hätten die Insurgenten geseigt, so wären sie verloren gewesen. Es waren bereits Proskriptionslisten verfertigt. Das Militär zog Mittwoch aus der Stadt, weil es in Gefahr war gänzlich niedergemacht zu werden, wenn der Landsturm angekommen wäre. Der Telegraph ist abgeschnitten. Noch immer ist die Ruhe nur scheinbar hergestellt, man fürchtet noch immer einen neuen Aufruhr und die Ankunft des Landsturmes. Es sollen weit mehr Soldaten, als Civilisten gefallen sein, die Deputation glaubt, daß die Bewegung keine nationale, sondern bloß eine gegen die Person des Kommandanten gerichtet gewesen sei. Im Schlosse hatten sie bemerkt, daß Graf Thun mit außerordentlichem Respekt behandelt wurde. Einer derselben drückte dem General Wallmoden unverholen seine Bewunderung darüber aus, wie man den Mann, der eine provisorische Regierung gegründet, und der in Wien als Hochverräther betrachtet werde, so achtungsvoll behandeln könne, erhielt aber keinen Bescheid darüber.

— — Laut heute eingelangten telegraphischen Nachrichten aus Prag, ist die Ruhe in der Stadt Prag seit vorgestern nicht gestört worden.

Die vorgeschriebenen Bedingungen werden erfüllt, die gutgesinneten Bürger danken für die angewendete Strenge und bitten dabel zu beharren.

Auf dem Lande wird durch Wachsamkeit vor Aufwieglung gleichfalls Ruhe erhalten.

Ich beziele mich, den Sicherheitsauschuß hievon in die Kenntniß zu setzen.

Wien, am 20. Juni 1848.

Willersdorf.